

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

4. Dezember 2023
Schmutz Judith

A 100 Anfrage Frye Urban und Mit. über was unternimmt der Kanton gegen den wiederaufkommenden Antisemitismus in der Gesellschaft? / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 100 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Urban Frye hält an der Dringlichkeit fest.

Urban Frye: Wenn die Sicherheit von Gruppierungen unserer Gesellschaft aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Ethnien oder sonstigen Ausrichtungen möglicherweise nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen diese Fragen dringend geklärt werden. Ich glaube nicht, dass sich der Kanton Luzern von anderen Schweizer Kantonen wie beispielsweise Basel oder Zürich oder auch von anderen europäischen Städten unterscheidet, wo es zu ganz extremen Äusserungen gekommen ist, auch im Bildungsbereich. Ich habe die Fragen in Absprache mit der Israelitischen Religionsgesellschaft gestellt, die äusserst froh ist, wenn diese Fragen auch in unserem Kanton geklärt werden. Sie ist ebenfalls froh, wenn die Sicherheit proaktiv gewährleistet wird und antisemitische Äusserungen in Bildungsinstitutionen, im öffentlichen Raum, auf Pausenplätzen oder wo auch immer klar unterbunden werden. Ich bin deshalb überzeugt, dass diese Fragen dringlich geklärt werden müssen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Unser Rat distanziert sich in aller Form und Deutlichkeit von diskriminierenden, rassistischen und damit auch von antisemitischen Haltungen und Äusserungen. Es ist wichtig, darüber zu diskutieren, welche Entwicklungen wir sehen und welchen wir gegenüberstehen und was wir dagegen unternehmen. Dennoch sind die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt. Der Kantonsrat soll dieses wichtige Thema an einer der nächsten Sessionen mit der entsprechenden Vorbereitung beraten können. Deshalb empfehle ich Ihnen, die dringliche Behandlung abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 90 zu 20 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.